

Aktuelles aus der Verbandsarbeit



Das Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung (GEI) in Braunschweig ist durch finanzielle Einsparungen gefährdet

Mitunterzeichnung eines Offenen Briefes an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen

Das *Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung (GEI) in Braunschweig* gehört für die curriculare Entwicklung in Europa und im Sinne des Interkulturellen Lernens und der Völkerverständigung zu den wichtigsten und weltweit angesehensten Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland. Vor allem die Jahrzehnte dauernde Arbeit der internationalen Schulbuchkommissionen zum deutsch-polnischen, deutsch-israelischen oder – unter anderen – islamischen Schulbuchvergleich und der daraus folgenden Erarbeitung von Empfehlungen hat unser gegenseitiges Bild voneinander und damit den Unterricht wesentlich verändert und damit zum Bewusstsein von Gemeinsamkeiten beigetragen. Es mag zwar typisch sein für den Verfall unserer Politischen Kultur, ist aber dennoch erschreckend, dass dieses Institut durch die Streichung staatlicher Mittel in seinem Bestand gefährdet ist. Da gleiche gilt übrigens für das *Internationale Haus Sonnenberg in Sankt Andreasberg im Oberharz*, das im März vergangenen Jahres durch die Streichung der Mittel durch das Land Niedersachsen insolvent geworden ist und seine Arbeit eingestellt hat. Energischer Protest ist in beiden Fällen notwendig und wird vom Verband der Politiklehrer e.V., Hannover, eingelegt. Im Falles des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung (GEI) in Braunschweig geschah das unter anderem durch die Mitunterzeichnung eines offenen Briefes an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, den wir nachfolgend im Wortlaut dokumentieren:

„Offener Brief an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Peer Steinbrück, und die Ministerin für Schule, Jugend und Kinder, Ute Schäfer

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sehr geehrte Frau Ministerin,

wir, die Unterzeichnenden, protestieren in aller Schärfe gegen die Entscheidung Ihrer Regierung, aus der Trägerschaft des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung (GEI) auszuweichen. Nordrhein-Westfalen war neben Niedersachsen aktives Gründungsland des Instituts. Johannes Rau würdigte dieses während seiner Amtszeit als Ministerpräsident mit folgenden Worten: „Unsere politische Kultur kann dieses Institut für internationale Schulbuchforschung nicht entbehren, weder heute noch morgen, denn die Aufgabe hat kein Ende, sie greift über Grenzen hinaus, sie greift über Generationen hinaus, weil Mensch und Gesellschaft der Orientierung, der Erkenntnis, der kritischen Selbsterkenntnis bedürfen.“ Hält ausgerechnet Nordrhein-Westfalen die Arbeit des Georg-Eckert-Instituts heute für überflüssig? Diese Arbeit an einer Schnittstelle von Fachwissenschaft, Pädagogik und politischer Praxis ist national und vor allem international hoch anerkannt. Die Verleihung des UNESCO Friedenspreises und die Funktion des Instituts mit seinen einzigartigen Beständen als Schulbuchzentrum des Europarates symbolisieren diese Anerkennung. In steigendem Maße wird die Kompetenz des Hauses im Umgang mit konfliktreichen Vergangenheiten von Transformationsgesellschaften inner- und außerhalb Europas nachgefragt. Auch für die deutsche Bildungslandschaft ist das Institut unverzichtbar, denn auch hier können sich die Regionen weniger denn je selbst genügen. Ohne die internationale Forschung und Verständigung über die Inhalte von Schulbüchern und anderen Medien kann die Verankerung globalen Denkens in den Köpfen der nachwachsenden Generation nicht gelingen. Keine Institution vermag dies besser zu leisten

als das GEI. Es unterstützt mit praxisnahen Empfehlungen die Bundesländer u.a. in ihrem Bestreben multikulturelle Kompetenz und Fremdverstehen zu fördern. Dabei kann es seine internationalen Erfahrungen fruchtbar machen. Diese Tätigkeit zu gefährden, würde der nationalen und internationalen historisch-politischen Kultur irreparablen Schaden zufügen. Die Bundesländer tragen im Rahmen ihrer Kulturhoheit langfristig Verantwortung für die Kultur- und Bildungspolitik nach innen wie nach aussen. Nordrhein-Westfalen lässt sich dagegen von konjunkturellen, fiskalisch motivierten Erwägungen leiten. Doch die Maßnahme und ihre Wirkung stehen in keinem Verhältnis zueinander. Der Betrag von 350 000 €, um den es hier geht, ist für ein großes Bundesland zwar keine Bagatelle, aber doch ein vergleichsweise bescheidener Posten im Gesamtbudget. Ein Forschungsinstitut wie das Georg-Eckert-Institut wäre jedoch durch den Wegfall dieser Summe im Kern gefährdet. Es kann nicht angehen, dass gerade in einer Zeit, in der sich im Deutschland nach Pisa allmählich die Einsicht durchsetzt, dass Bildung auch im internationalen Wettbewerb - unser wichtigstes Kapital darstellt, einer solchen Einrichtung das Wasser abgegraben wird übrigens entgegen offizieller Verlautbarungen von Regierungsseite, den Bereich Wissenschaft und Bildung nicht anzutasten. Angesichts dieser nicht nur für das Institut, sondern auch für seine internationalen Partner, für die auswärtige Kulturpolitik und nicht zuletzt für Nordrhein-Westfalen selbst folgenschweren Situation fordern die Unterzeichnenden die Regierung in Düsseldorf nachdrücklich auf, ihre Entscheidung, aus der Trägerschaft auszutreten, rückgängig zu machen.

Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung

Celler Strasse 3

D-38114 Braunschweig

Tel. +49 (0) 531-59099-0 Fax +49 (0) 531-5909999

<http://www.gei.de>,

Mitunterzeichnet im Namen des Verband der Politiklehrer e.V., Hannover, von
Gerhard Voigt, Oberstudienrat, Vorsitzender des Verbandes der Politiklehrer e.V., Hannover



Sonntag, 28. Dezember 2003

über die eMail-Adresse des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung

protest@gei.de

Wir veröffentlichen diesen Protestbrief gleichzeitig auf unserer Homepage

<http://www.politiklehrerverband.org>

Bitte schließen Sie sich diesem Protest an.